



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom
04.03.2010

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 23.02.2010 eingeladen worden.

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Unterbrechung von 18:25 Uhr bis 18:35 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Nichtöffentlicher Teil:

1. Schwimmbadanlage
hier: Fragen im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebnahme
Vorlage: D II/035/2010
2. Grundstücksangelegenheiten
Abschluss eines Grundstückskaufvertrages im Bahnhofsbereich
Vorlage: FB 2/314/2010
3. Berichte
4. Anfragen

Öffentlicher Teil:

5. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers
Vorlage: FB 1/227/2010
6. Schwimmbadanlage
hier: Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH
Vorlage: D II/037/2010
7. Rückverlegung des Wahlbüros des Wahlkreises 1 zum Marienkindergarten
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2010
Vorlage: FB 1/229/2010
8. Bewirtschaftung der Trauerhallen und Nebenräume in Lüdinghausen und Seppenrade
Vorlage: FB 2/307/2010
9. Budgetbuch 2010, Investitionsplan 2010-2013, Stellenplan 2010
Vorlage: FB 1/228/2010
10. Bürgerantrag vom 20.01.2010
hier: Berücksichtigung des Aspektes der Kinderarbeit bei zukünftigen Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Baubereich
Vorlage: FB 3/183/2010
11. Berichte
12. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 5) Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers **Vorlage: FB 1/227/2010**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt für die auszufertigenden Niederschriften über die im Haupt- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse:

als Schriftführerin Frau Verwaltungsfachangestellte
Andrea Planhof

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 6) Schwimmbadanlage
hier: Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH
Vorlage: D II/037/2010

Stv. Dr. Waldt erklärt, dass nach den ausgiebigen Erläuterungen des RA Hoppenberg, die Materie verständlicher geworden sei. Er habe zur Kenntnis genommen, dass das steuerliche Risiko bei einer Übernahme des Bades in die unmittelbare Regie der Stadt größer sei, jedenfalls müsse man insoweit wohl dem anwaltlichen Rat folgen.

Er teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dafür ausspreche, dass eine GmbH gegründet werde, die Entscheidung jedoch in der nachfolgenden Ratssitzung getroffen werden soll.

Stv. Mönning merkt an, dass der Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH als 100 % Eigengesellschaft der Stadt Lüdinghausen - bereits zum jetzigen Zeitpunkt beschlossen werden solle, damit die Verwaltung weitere Schritte einleiten könne.

Der Punkt 2 – Bestellung des Geschäftsführers- könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Bezüglich Punkt 3 – Besetzung der Gesellschafterversammlung- erklärt Stv. Mönning, dass er sich für einen sieben Mitglieder starken Ausschuss aussprechen würde, da in diesem Fall der Rat besser abgebildet werde. Sofern ein acht Mitglieder starker Ausschuss begründet werde, hätte seiner Meinung nach die CDU überproportional zu viele Sitze. Er würde es jedoch begrüßen, wenn der HFA die Gesellschafterversammlung bilde.

Stv. Wischnewski fragt nach, warum auf Seite 2 bei der Erläuterung der Organe/Kompetenzen einer GmbH erwähnt sei, dass das Gesellschaftsrecht dem Kommunalrecht vorgehen könnte.

RA Hoppenberg erläutert das Problem an Hand eines Beispiels.

Stv. Schwarzenberg erklärt, dass die FDP-Fraktion den Eigenbetrieb für die bessere Lösung halte. Der Betrieb würde dann finanziell bei der Stadt bleiben und auch die Kontrollfunktion könne besser ausgeführt werden. Er erklärt, dass Steuerfachleute allerdings eine andere Auffassung haben würden. Auch verschließe sich die FDP-Fraktion nicht der Warnung des Rechtsbeistandes, der eine AöR oder GmbH favorisiere. Die FDP-Fraktion stimmt daher dem Punkt 1 „Gründung einer GmbH“ ebenfalls zu. Bezüglich der anderen beiden Punkte bittet er um Bedenkzeit bis zur Ratssitzung am 18.03.2010.

Stv. Kehl teilt mit, dass die UWG die Gründung eines Eigenbetriebes begrüßen, allerdings auch den Rat des Rechtsanwaltes beachten würde. Die UWG- Fraktion würde ebenfalls dem Punkt 1 des Beschlussvorschlages „Gründung einer GmbH“ zustimmen. Punkt 2 solle dann geklärt werden, wenn über den Punkt 3 entschieden worden sei. Weiterhin begrüße er ebenfalls den Vorschlag, dass die Gesellschafterversammlung der HFA sein soll.

Stv. Kehl merkt an, dass auch die aktuelle Haushaltsentwicklung berücksichtigt werden solle. Anschließend fragt er an, bis zu welchem Zeitpunkt die Gründung/ Ausschreibung zurück genommen werden könne.

RA Hoppenberg erklärt, dass die Gründung einer GmbH zunächst der Weg sei, die richtige Rechtsform zu finden. Sofern dies erfolgt sei, seien alle anderen Entscheidungen offen.

Sollte die Ausschreibung aufgrund der eingehenden Angebote unwirtschaftlich seien, müsse der Auftrag nicht zwingend vergeben werden.

Stv. Friedenstab teilt mit, dass die Empfehlung zur Gründung einer GmbH verabschiedet werden und der Geschäftsführer, wie vorgeschlagen, bestellt werden solle. Des Weiteren begrüßt er den Vorschlag, dass der HFA als Gesellschafterversammlung zu bestellen sei, da so der größte Teil der Entscheidung in dem Gremium beschlossen werden kann und eine dichte Anbindung an die Stadt Lüdinghausen gegeben sei. Über Punkt 1 könnte daher bereits entsprechend abgestimmt werden. Die Punkte 2 und 3 könnten dann im Rat am 18.03.2010 entschieden werden.

Es erfolgt die Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlags.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH als 100 % Eigengesellschaft der Stadt Lüdinghausen zu beschließen, wobei der beigefügte Entwurf der Errichtungserklärung hinsichtlich der Größe der Gesellschafterversammlung und redaktioneller Details noch Änderungen erfahren kann.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen	1

TOP 7) Rückverlegung des Wahlbüros des Wahlkreises 1 zum Marienkindergarten - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2010 Vorlage: FB 1/229/2010

Stv. Friedenstab fragt nach, ob sichergestellt werden kann, dass der Marienkindergarten behindertengerecht sei.

Herr Kortendieck erklärt, dass dies der Fall ist, da der Kindergarten bis 2005 bereits als Wahllokal genutzt wurde und dementsprechend mit Rampen behindertengerecht ausgebaut wurde.

Stv. Schweer merkt an, dass die Wähler ebenfalls zurück in den Marienkindergarten möchten.

Stv. Wischnewski fragt nach, ob ein eigenes Wahllokal „Am Hüwel“ eröffnet werden könne, da dort 80 % der Wähler des Wahlbezirkes 8 wohnen.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass dies grundsätzlich möglich sei, jedoch entsprechend beantragt werden müsse.

Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Vorteile für ein Wahllokal in der Ostwallschule nachvollziehbar seien und dass die SPD-Fraktion den Vorschlag zur Verlegung des Wahlbüros dementsprechend auch nicht mittragen würde.

Stv. Mönning weist darauf hin, dass eine Änderung der Wahlbezirke erst in drei Jahren erfolgen könne.

Beschluss

Der HFA beschließt, dass das Wahllokal für den Wahlbezirk 1, beginnend mit der Landtagswahl 2010, wieder im Kindergarten St. Marien eingerichtet wird.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	5

TOP 8) Bewirtschaftung der Trauerhallen und Nebenräume in Lüdinghausen und Seppenrade Vorlage: FB 2/307/2010

Herr Tuschmann erklärt, dass die Situation der Trauerhalle und der Nebenräume sehr problematisch sei. Er teilt mit, dass die Nutzung der Trauerhallen rückläufig sei und sich dies negativ auf den Gebührenhaushalt auswirke. Weiterhin merkt er an, dass private Bestattungsunternehmen eigene Abschiedsräume errichten wollen bzw. ein Bestatter bereits einen eigenen Abschiedsraum errichtet habe.

Herr Tuschmann weist auf die in der Sitzungsvorlage aufgeführten verschiedenen Lösungsmöglichkeiten hin.

Um ein Verpachtungsmodell zu erstellen, so Tuschmann, sei durch die Verwaltung ein offener Ideen- und Teilnehmerwettbewerb vorzubereiten, bei welchem jeder Interessent - örtlich und überörtlich- ein eigenes Nutzungskonzept für moderne und wettbewerbsfähige Trauerhallen und Nebenräume einreichen könne. Das Modernisierungskonzept sowie die Höhe der durch die Stadt zu leistenden Investitionszahlungen müssten Wertungskriterien sein, nach welchen der geeignete Pächter ermittelt werde.

Stv. Spiekermann-Blankertz fragt nach, wie hoch die Investitionskosten seien.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keinen Betrag nennen könne.

Stv. Wischnewski erkundigt sich, ob die Modernisierung Auswirkung auf die Friedhofsgebühren habe und ob es möglich wäre, die Hallen ohne Modernisierung zu verpachten.

Herr Tuschmann merkt an, dass die Kosten, die über die Pacht nicht gedeckt werden können, bei der Friedhofsgebühr mit einfließen würden. Des Weiteren teilt er mit, dass vermutlich kein Pächter in die Gebäude investieren würde.

Stv. Kehl fragt nach, wie hoch der tatsächliche Wert der Gebäude sei.

Herr Tuschmann erklärt, dass die Trauerhalle einen Wert von 186.000 € und die Nebenräume einen Wert von 420.000 € haben würden. Der Gesamtwert belaufe sich somit auf rd. 610.000 €.

Stv. Breitbach fragt an, ob die Trauerhalle und die Nebenräume unbedingt als wirtschaftliche Einheit gesehen werden müssen oder ob nicht ggf. eine Trennung möglich wäre. Evt. könne die Trauerhalle durch Dritte unterhalten werden.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass der Vorschlag der Verwaltung der richtige Weg sei.

Auch Stv. Friedenstab regt die Trennung der beiden Gebäude an. Die Trauerhalle sollte der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und dementsprechend allen Bestattungsunternehmen angeboten werden.

Herr Tuschmann teilt mit, dass bereits einige Bestatter eigene Räume errichtet hätten und die Stadt dadurch bereits erhebliche Einbußen habe. Allenfalls bei einer das Angebot der Bestatter übersteigenden Nachfrage würde die Trauerhalle der Stadt mitgenutzt.

Stv. Möllmann spricht sich ebenfalls für eine Trennung der Trauerhalle und der Nebenräume aus, jedoch gegen den Ideenwettbewerb. Des Weiteren weist er daraufhin, dass die Eröffnungsbilanz noch nicht beschlossen worden sei. Daher wäre es möglich, den Buchwert der Nebenräume zu senken.

Herr Tuschmann ist der Auffassung, dass ein Verkauf der Gebäude, selbst bei einem niedrigeren Buchwert auszuschließen sei.

Stv. Holz teilt die Meinung der Verwaltung. Er spricht sich für den Ideenwettbewerb aus. Die Friedhofsgebühren sollen jedoch nicht zu stark angehoben werden, da auch weiterhin jeder Bürger in der Lage sein solle, die Gebühren zahlen zu können.

Stv. Dr. Waldt teilt mit, dass die Werte in der Eröffnungsbilanz die Richtung des Verhaltens beeinflussen. Er bittet um entsprechende Korrektur der Werte in der Eröffnungsbilanz.

Er spricht sich dafür aus, die Nebenräume zu privatisieren. Die Trauerhalle solle jedoch eine öffentliche Aufgabe und demnach in städtischer Hand bleiben. Sie sollte Dritten zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten können über die Friedhofsgebühren abgerechnet werden. Er fragt nach, warum hierüber nochmals im Rat abgestimmt werden soll.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass es sich hier um eine Entscheidung von großer Bedeutung handle und der HFA keine alleinige Entscheidung treffen solle. Bevor der Ideenwettbewerb angestoßen werde, solle hierüber in der nächsten Ratssitzung noch einmal beraten werden.

Stv. Krüger interessiert sich für den regionalen Verkehrswert und bittet darum, dass dieser ermittelt werde. Weiterhin teilt sie mit, dass eine Abrechnung über die Friedhofsgebühren im angemessenen Rahmen bleiben soll. Sie erkundigt sich weiterhin nach der Frequenz der Nutzung der Trauerhalle und der Wirtschaftlichkeit.

Herr Tuschmann erklärt, dass die Nutzung von bislang ca. 400 Nutzungen jährlich auf ca. 240 Nutzungen gesunken sei. Dies hänge u.a. auch mit dem Betrieb der privaten Abschiedsräume zusammen. Sofern noch weitere Bestatter Abschiedsräume errichten würden, würde die Nutzung der städtischen Trauerhalle gegen Null tendieren. Des Weiteren teilt er mit, dass die Gebäude nach dem für das NKF vorgegebene Sachwertverfahren bewertet wurden. Eine Abwertung wäre nicht ohne weiteres möglich.

Stv. Kehl fragt nach, inwiefern der städtische Haushalt belastet werde. Er bittet um konkrete Zahlen in der nächsten HFA-Sitzung, damit eine Prognose erstellt werden könne. Des Weiteren erklärt er, dass er einen Ideenwettbewerb nicht ausschließe.

Stv. Spiekermann-Blankertz teilt mit, dass es wichtig sei, über die genaue Höhe der Investitionskosten informiert zu sein. Des Weiteren erkundigt er sich, ob bekannt sei, welche Erfahrungen andere Städte gemacht haben.

Herr Tuschmann erklärt, dass andere Städte das diskutierte Problem noch in Zeiten des kammeralen System abgehandelt haben und nicht wie die Stadt Lüdinghausen im NKF.

Beschluss

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, einen offenen Ideen und Teilnehmerwettbewerb für die Bewirtschaftung der Trauerhallen und Nebenräume für Lüdinghausen und Seppenrade vorzubereiten und dem HFA vorab zur Entscheidung vorzulegen.

- einstimmig-

TOP 9) Budgetbuch 2010, Investitionsplan 2010-2013, Stellenplan 2010 Vorlage: FB 1/228/2010

Herr Tuschmann erläutert die Vorlage und erklärt, dass sich seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes eine Änderung ergeben hat, die in den endgültigen Haushalt einfließen solle. Es sei damit zu rechnen, dass die Allgemeine Kreisumlage von 35,53 v. H. auf 34,94 v. H. gesenkt werde. Die Jugendamtsumlage erhöhe sich im Gegenzug auf voraussichtlich 22,89 v. H. Für den städtischen Haushalt bedeuten die v. g. Änderungen der Kreisumlage einen Mehraufwand gegenüber dem vorliegenden Entwurf von rd. 200.000,00 €.

Stv. Schwarzenberg lobt, dass der Einsparbeschluss aus November 2009 realisiert worden sei und dass weitere Bemühungen der Verwaltung erkennbar seien, um diesen Beschluss auch weiterhin einzuhalten. Vor allem im Personalbereich sei ein geringerer Ansatz als 2009 vorgesehen, obwohl die vorgesehene Erhöhung von 1,2 % bereits mit eingerechnet wurde.

Stv. Schwarzenberg merkt weiterhin an, dass der Beschluss auch weiterhin ernst genommen werden soll und es durchaus weitere Einsparmöglichkeiten gebe. Denkbar wäre z.B. eine pauschale Kürzung von 5%.

Produkt 020206 - Marktwesen

Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass die Ergebnisse des Marktwesens negativ seien. Diese sollten jedoch kostendeckend sein, so dass die Standgebühren entsprechend angehoben werden sollten.

Herr Dr. Scheipers teilt mit, dass die Berechnung der Standgebühren bzw. das gesamte Marktwesen komplett überarbeitet und durchleuchtet werde und dass es sich hier um Vorjahreszahlen handele.

Produkt 021501 Feuerschutz und Hilfeleistungen

Stv. Friedenstab fragt nach, ob tatsächlich alle Hilfeleistungen technischer Art der Feuerwehr erfasst werden.

Herr Dr. Scheipers erklärt, dass soweit es möglich sei, alle Hilfeleistungen erfasst werden.

Produkt 010800 Personalwirtschaft und Organisation

Stv. Krüger fragt nach, wie es möglich sei, bei gleichem Stellenvolumen (2008 – 157,8, 2009 – 155,5 und 2010 – 155,65 Vollzeitverrechnete Beschäftigte) und bei tariflicher Erhöhung die Personalkosten von 2009 nach 2010 um ca. 140.000,00 € zu senken.

Herr Kortendieck erklärt, dass Neueinstellungen auf der Grundlage des neuen TvöD erfolgt seien. Die Kosten hierfür seien deutlich geringer als für die Angestellte, die auf der Grundlage des BAT eingestellt worden seien. Des Weiteren werden vorhandene Arbeitsplätze, bei denen schon jetzt bekannt sei, dass sie im Laufe des Jahres frei werden z.B. aufgrund von Mutterschutz, verspätet wieder besetzt. Weiterhin erklärt Herr Kortendieck, dass die Anzahl der Stellen nichts über die jeweilige Besoldungsgruppe aussage. So wurden im Jahre 2009 zwei neue Fachbereichsleiter gesucht. Durch die interne Besetzung einer Stelle sei eine Besetzungskette in Gang gesetzt worden, bei der die jetzigen Stelleninhaber noch nicht die Besoldung der Vorgänger erreicht hätten. Auf die Frage nach den Rechnungsergebnis 2009 teilt Herr Kortendieck mit, dass die Rückstellungen noch nicht eingearbeitet worden seien. Das Rechnungsergebnis 2009 beträgt 8.381.976,33 € und ist somit um 123.913,67 € unter dem Ansatz 2009.

Produkt 010100 Ratsarbeit

Stv. Kehl teilt mit, dass die UWG –Fraktion die ersatzlose Streichung des § 9 Abs. 4 und 5 der Hauptsatzung (Regelung zum Verdienstausschlag) befürworte.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Änderung der Hauptsatzung schriftlich beantragt werden müsse.

Stv. Friedenstab schlägt vor, dass die Sitzungstermine und der Sitzungsbeginn so gelegt werden, dass kein Verdienstausschlag anfalle. Dies erfordere jedoch die Disziplin aller Ausschüsse. Des Weiteren teilt Stv. Friedenstab mit, dass die SPD bereits vor zwei Jahren beantragt habe, die Anzahl der Wahlkreise zu verringern, um die Größe der Gremien zu verkleinern und dementsprechend die Kosten zu verringern. Dies traf jedoch nicht auf Zustimmung bei den anderen Fraktionen.

Stv. Mönning teilt die Auffassung, dass alle Sitzungen erst um 18:00 Uhr beginnen sollen.

Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass er keinen Anspruch auf Verdienstausschlag habe, sich trotzdem für einen Sitzungsbeginn um 18:00 Uhr ausspreche.

Produkt 010607 Einkauf und allgemeine Dienste

Stv. Spiekermann-Blankertz fragt nach, ob es möglich wäre bei der Beschaffung mit anderen Kommunen über die gemeinsame Papierbeschaffung hinaus zusammen zu arbeiten.

Herr Kortendieck erklärt, dass es sich in diesem Produkt im wesentlichen um Bürobedarf und um Post- und Fernmeldegebühren handele.

Stv. Spiekermann-Blankertz erkundigt sich, ob denn über eine gemeinsame Ausschreibung nachgedacht werde.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass die Anregung aufgenommen werde.

Stv. Friedenstab fragt nach, ob es sich bei den Kennzahlen zum Produkt der aufgeführten europaweiten Ausschreibung um die Ausschreibung für das Hallenbad handele.

Dies wird durch Herrn Tuschmann bejaht.

Produkt 010800 Personalwirtschaft und Organisation

Stv. Friedenstab erkundigt sich nach der Wertigkeit der Fluktuationsquote für das Jahr 2010, da diese wesentlich geringer sei als in den Vorjahren.

Herr Kortendieck erklärt, dass ein Großteil an befristeten Arbeitsverhältnissen in den letzten Jahren ausgelaufen sei und einige Mitarbeiter das Rentenalter erreicht hätten. Mit einer derartigen Fluktuation kann aber für die nächsten Jahre nicht gerechnet werden.

Stv. Mönning fragt nach den Personalaufwendungen bezüglich der Höhe der Rückstellungen.

Herr Kortendieck erläutert, dass die Ansätze der gesamten Rückstellungen für Personal zentral in dem v. g. Produkt veranschlagt würden. Beim Rechnungsergebnis würden die Rückstellungen für die einzelnen Beschäftigten anschließend auf die einzelnen Produkte aufgeteilt.

Produkt 021000 Bürgerbüro

Stv. Mönning fragt nach, ob bei den im Bereich Leistungsdaten aufgeführten Telefonaten auch Internetanfragen enthalten seien.

Herr Kortendieck erklärt, dass jeder Mitarbeiter Internetanfragen erhalten könne bzw. erhält. In dem Produkt seien aber lediglich die Telefonate erfasst.

Produkt 010905 Finanzbuchhaltung

Stv. Mönning erkundigt sich, welche Kosten die Prüfungs- und Beratungsgebühren enthalten.

Herr Tuschmann teilt mit, dass es sich hier um Kosten für die GPA und den Wirtschaftsprüfer handele.

Stv. Mönning fragt nach, warum das Finanzergebnis aus dem Jahre 2008 soweit von den Ergebnissen aus 2009 und 2010 abweiche.

Herr Tuschmann erklärt, dass im Jahre 2008 aufgrund von angelegten Festgeldern ein hoher Zinsbetrag erwirtschaftet werden konnte. Aufgrund der Wirtschaftskrise sei in den kommenden Jahren nicht mit derartigen Zinseinnahmen zu rechnen.

Produkt 160101 zentrale Finanzwirtschaft

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass die Kosten für das Hallenbad entsprechend korrigiert werden müssen.

Herr Tuschmann teilt mit, dass die Änderungen in der Ratssitzung mitgeteilt werden.

Stv. Wischnewski erkundigt sich was unter den Begriff Beteiligungen fällt.

Herr Tuschmann erklärt, dass es sich hier um eine Einlage für die Netzwerk GmbH handele.

Stv. Mönning möchte wissen, was unter den Punkt Erstattungszinsen Gewerbesteuer falle.

Herr Tuschmann erläutert, dass das Finanzamt die Stadt Lüdinghausen auffordere, Nachforderungszinsen festzusetzen und dem Steuerpflichtigen in Rechnung zu stellen.

Stv. Mönning erkundigt sich, was den passiere, wenn der Bürger zuviel Gewerbesteuer gezahlt habe.

Herr Tuschmann merkt an, dass es hierfür ebenfalls Erstattungszinsen geben könne.

Stv. Schwarzenberg verweist abschließend noch einmal auf die mögliche pauschale Kürzung.

Stv. Dr. Waldt teilt mit, dass es im NKF- Haushalt schwer zu überblicken sei, ob Einsparungen erfolgt seien oder nicht. Weiterhin merkt er an, dass die CDU-Fraktion durchaus die Anstrengungen der Verwaltung sehe, jedoch auch der FDP-Fraktion zustimme, dass noch weitere Kürzungen erfolgen können. Er zieht die pauschale Aufwendungskürzung (Sachaufwendungen) in Betracht.

Stv. Schwarzenberg werde einen Hinweis/Vorschlag einreichen, welche Ansätze noch gekürzt werden können.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Ratssitzung am 18.03.2010 vertagt.

- einstimmig-

TOP 10) Bürgerantrag vom 20.01.2010 hier: Berücksichtigung des Aspektes der Kinderarbeit bei zukünftigen Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Baubereich Vorlage: FB 3/183/2010

Stv. Friedenstab merkt an, dass der Film einen persönlich betroffen gemacht hätte. Des Weiteren erklärt er, dass seine Aussage in der Zeitung sehr zusammengefasst wieder gegeben worden sei. Er habe lediglich gesagt, dass der Antrag weitergeleitet werde und noch nichts beschlossen worden sei. Eine Entscheidung würde erst in dem zuständigen Ausschuss getroffen werden.
Er bittet dies zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der HFA verweist die Beratung des Bürgerantrages vom 20.01.2010 zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt.

-einstimmig-

TOP 11) Berichte

keine

TOP 12) Anfragen

- a) Stv. Friedenstab erkundigt sich, ob bei der Stadt bereits Anfragen bezüglich Google Earth eingegangen seien oder Anfragen/Mitteilung vom Städte und Gemeindebund vorliegen.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass bisher keine Anfragen vorliegen würden.

- b) Stv. Mönning merkt an, dass um die Buche hinter dem Kolpinghaus aufgrund des großen Wurzelwerkes eine größere Absperrung gebaut werden müsse.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass der Architekt bereits eine Erweiterung zu gesagt hat.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in (TOP 5-12)

Matthias Kortendieck
Schriftführer (TOP 1-4)

Anwesenheitsliste

zur 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 04.03.2010

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Holz, Anton	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schmidt, Knut	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Kehl, Markus	
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Fricke, Cornelia	
Schwarzenberg, Heribert	

von der Verwaltung

Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Scheipers, Ansgar Dr.	
Tuschmann, Werner	

Entschuldigt: